

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4099 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180.

Freitag, den 4. August 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Eisenbahnreform.

„Saz Als unser Genosse Viehnecht einmal im Reichstage meinte, es würde heute anders um Deutschland stehen, wenn die Einigung 1848 durch den Willen des Volkes herbeigeführt worden wäre und nicht erst 1870 infolge der Blut- und Eisenpolitik, da meinte Bismarck — der es vorzüglich verstand, den Dummen zu spielen, wo er nicht verstehen wollte — er wählte nicht, was dann wohl viel anders geworden wäre. In Wirklichkeit aber steht man auf Schritt und Tritt in Deutschland proteste Widersprüche gegen den Gedanken der Einheit, selbst in der Frage, welche in allererster Linie für die Bourgeoisie in Betracht kommt, für die sie sich 1848 ganz besonders enthusiastisch, die Einheit auf wirtschaftlichem Gebiete. — Eine dieser Fragen, die Frage einheitlicher Personentaxen, wurde vor Kurzem im württembergischen Landtage angeknüpft bei der Berathung über die Reform der Personentaxen.“

Bekanntlich sind die Staatsbahnen in Deutschland Eigentum der Einzelstaaten. Artikel 42 der deutschen Reichsverfassung besagt nun zwar: „Die Bundesregierungen verpflichten sich, — die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz zu verwalten,“ aber die Bundesregierungen pfeifen bisher auf diese Verpflichtung. Allerdings haben wir einen allgemeinen Gütertarif, aber keinen allgemeinen Personentarif. Die Unterschiede sind hier sogar sehr bedeutend: In Preußen kostet z. B. die dritte Klasse 4 Pfg. pro Kilometer, in Baden, Bayern, Württemberg 3,40 Pfg.; in Preußen gelten Rückfahrkarten für alle Züge und kosten 6 Pfg., Baden, Bayern, Württemberg haben verschiedene Sätze für Rückfahrkarten der Schnellzüge und der Personenzüge, die ersten kosten 7,50, die zweiten 5,30 Pfg. Dazu kommt, daß Preußen und Sachsen vier Personentaxen haben, der Süden Deutschlands dagegen nur drei. Schließlich führt jede Verwaltung Spezialbestimmungen ein; so z. B. hat man in Baden „Kilometerhefte“, d. h. beim Durchfahren einer großen Zahl Kilometer wird dem Reisenden ein Rabatt gewährt; in Württemberg wieder hat man „Landeskarten“, auf welche man für einen sehr billigen Preis im ganzen Lande reisen kann. — Die Rückfahrkarten haben verschiedene Dauer für jeden Staat. Wie in Bezug auf die Preise bestehen Unterschiede in Bezug auf die Zusammensetzung der Züge: In Preußen und Sachsen führen fast alle Schnellzüge dritte Klasse, in Bayern nur einzelne. Kurz — es ist ein tolles Durcheinander.

Aber nicht nur in Bezug auf die Personentaxen ist die Situation unhaltbar geworden. — Die Zerplitterung führt zu einer unverantwortlichen Vergeudung von Kraft, Zeit und Geld. Es kommt vor, daß beim Gütertransport der nächste Weg zwischen zwei Punkten nur deshalb nicht eingehalten wird, weil man bestrebt ist, die Güter auf den Bahnen des eigenen Staates zu transportieren, sie nicht die Bahnen fremder Staaten passieren lassen will. So gehen beispielsweise die Güter von Schlesien, sagen wir nach Köln, nicht etwa auf dem kürzesten Weg über Sachsen, sondern man fährt sie im Halbkreis um die sächsische Grenze herum auf preussischen Bahnen spazieren. Die Eisenbahnwagen werden nicht voll ausgenutzt, weil die leeren Wagen nach ihrer „Heimath“ spedirt werden müssen. Schließlich giebt es, weil jeder Staat die Fracht auf seinen Bahnen vergütet haben muß, beim Transport durch verschiedene deutsche Vaterländer eine Unmasse von Schreiberei und Rechnererei, was unnütze Aufenthalte der Wagen an den Grenzen veranlaßt. Geradezu haarsträubend ist es aber, wenn die Konkurrenz zweier Vaterländer zu einer Erschwerung des Verkehrs führt. Dafür nur ein Beispiel: Bayern und Württemberg besitzen jedes eine Bahn im Donauthale; die Entfernung der beiden Linien beträgt nur 7 Kilometer, aber eine Verbindung zwischen ihnen giebt es nicht, man muß vielmehr bis Ulm fahren, um von einer auf die andere Linie zu gelangen, was unter Umständen einen Umweg von 50 und mehr Kilometern bedeutet. Die Folge ist, daß es für die Bewohner der Grenzbezirke oft praktischer ist, zwischen den beiden schönen Schienensträngen entlang im Wagen herzukutschieren! Das am Ende des Jahrhunderts, wo wir angeblich im Zeichen des Verkehrs stehen.

Nun besteht schon seit langer Zeit das Bestreben einer „Deutschen Eisenbahngemeinschaft“, aber es wäre ein Fehler, sich ohne Weiteres für diese schöne Idee zu erwärmen. Es handelt sich nämlich darum, daß die Bundesregierungen die Eisenbahnen vor Allem als eine Quelle des Profits betrachten. Das geht so weit, daß hier direkte Gesetzesübertretungen an der Tagesordnung sind. So z. B. ist in Preußen das Gesetz vom 27. März 1882 in Kraft, welches kurz und bündig bestimmt: alle Ueberschüsse der Eisenbahnen sind zur Tilgung der Eisenbahnschuld zu verwenden, nur 2 200 000 M. dürfen event. zur Tilgung eines Defizits im Staatsbudget verwendet werden. Davon ist aber keine Rede. Man wirft einfach die gewaltigen Ueberschüsse zu den Staatseinnahmen und die Schuld wird nicht oder in nur sehr beschränktem Maße getilgt. Ähnlich handeln andere Bundesstaaten. Das wäre nun weiter kein Unglück, wenn es sich um produktive Ausgaben handeln würde, für welche man die Ueberschüsse verwendet; dann wäre es schließlich ziemlich gleichgültig, wie man die Posten der Einnahmen und Ausgaben verrechnet. Bekanntlich verhält es sich in Preußen-Deutschland aber ganz anders: Man sucht aus den Eisenbahnen möglichst viel herauszuschlagen zum Schaden der Arbeiter und Beamten und zum Nachtheil des Publikums, nur um möglichst viel Geld freizuhaben für den Militarismus. Heute stehen die Dinge so: Das Anlagekapital der vollspurigen Eisenbahnen in Deutschland beträgt 11 854 Millionen Mark, die Ueberschüsse für 1897 betragen 725 565 000 Mark und diese Ueberschüsse fallen zum größten Theil dem Volke zum Opfer.

Des weiteren jedoch kommt in Betracht, daß die Eisenbahnverwaltungen, so wie sie heute sind, sich nicht immer von dem Interesse des Verkehrs leiten lassen, sondern auch von „allgemein politischen Gesichtspunkten“.

Nun würde aber bei einer „Eisenbahngemeinschaft“ nicht etwa der Reichstag über alle Eisenbahnfragen zu bestimmen haben, sondern nach wie vor die Eisenbahnverwaltungen, die Regierungen. Natürlich würde die Entscheidung in der Hand der einflussreichsten Verwaltung resp. Regierung liegen; das aber ist die preussische (von den 30 717 Kilometern deutscher Staatsbahnen gehören 17 653 Preußen). Wenn man da in Betracht zieht, wie sehr die preussische Regierung unter dem Banner des Junkerthums steht, und wie dieses Junkerthum jedem Kulturfortschritt auch auf dem Gebiete des Verkehrs feindlich ist — siehe die Kanalfrage —, so überläuft einem gelindes Grauen bei dem Gedanken an eine „Vereinigung“, bei welcher die Bahnen Deutschlands unter die Botmäßigkeit der preussischen Junker kämen.

Auch die Eisenbahnarbeiter dürften sich bedanken, insgesamt unter die Fuchtel irgend eines Herrn aus Ostelbien zu gelangen, der mit preussischer Schneidigkeit, mit Peitsche und Maulkorb hantirt. Und es handelt sich hier um eine ansehnliche Zahl; giebt es doch in Deutschland 402 000 Betriebsbeamte und Arbeiter und 85 600 Werkstättenarbeiter.

Preußen aber ist es gerade, welches auf eine „Verstaatlichung“ hinarbeitet. Sein erster Erfolg in dieser Richtung war die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft. Die Mittel, mit welchen dieser Erfolg errungen wurde, waren durchaus nicht freundnachbarliche, sondern das Hauptmittel war — Terrorismus, Boykott! Die hessischen Bahnen bilden den natürlichen Weg für den Güterverkehr zwischen dem Rheingebiet und Mitteldeutschland, aber die preussische Eisenbahnverwaltung boykottirte konsequent diese Linien; dadurch war der Verkehr auf den hessischen Bahnen derart verringert, daß Hessen schließlich nachgeben und sich zu der „Gemeinschaft“ bequemen mußte. Die Folge aber ist, daß heute einfach in Berlin über die hessischen Bahnen bestimmt wird, wobei natürlich die lokalen Interessen zu kurz kommen. Jetzt ist man in Preußen befreit, auch die Süddeutschen Staaten in ähnlicher Weise zu drangsaliren und insolgedessen ist der Gedanke entstanden, diese süddeutschen Staaten möchten sich verständigen, ihr Eisenbahnwesen einheitlich zu gestalten, um vereint Preußen Widerstand zu leisten. — So haben wir denn glücklich im einigen Deutschland die schäbsten Rivalitätskämpfe auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens.

Für die Sozialdemokratie ist natürlich nur ein Standpunkt möglich: Vereinheitlichung des Eisenbahnnetzes über ganz Deutschland, aber gleichzeitig Beseitigung des jetzigen fiskalischen Systems; Erzeugung desselben durch ein

System, welches einzig die Interessen des Verkehrs im Auge hat, keine Ersparnisse auf Kosten der Arbeiter, der Verkehrssicherheit bezweckt. Das kann durch die gefährliche Fiktion, wie sie in der „Eisenbahngemeinschaft“ geplant ist, nicht erreicht werden, sondern es muß auch hier ganze Arbeit gethan werden. Die deutschen Bahnen im Dienste nicht des Fiskus der Einzelstaaten, im Dienste des deutschen Volkes, das ist das Ziel.

Politische Kundschau.

Deutschland.

Von den Augsburger Krawallen. Nach der „Augsburger Abendzeitung“ wurde der Maurer Pus, Vorsitzender der Jahreshalle des Maurerverbandes, „als mutmaßlicher Mörder des bei den Augsburger Krawallen auf Anweisung des Untersuchungsrichters verhaftet.“ — Wie bekannt, hat z. B. die Presse allgemein zugeben müssen, daß die Maurer mit den Krawallen rein gar nichts zu thun gehabt haben. Wir nehmen daher an, daß der Untersuchungsrichter sein Opfer bald wieder loslassen wird. Oder haben Kronzeugen und Spitzel ihre Hand im Spiele? Sucht man vielleicht auf dem nicht mehr ganz ungewöhnlichen Wege Material zur Sachhandvorlage?

An Zölle und „gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern“ sind in der Zeit vom 1. April 1899 bis zum Schluß des Monats Juni 1899 folgende Einnahmen einschließlich der kreditirten Beträge nach dem Centralblatt für das deutsche Reich zur Anschreibung gelangt: Zölle 109 369 453 Mark (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres — 3 228 365 Mark), Tabaksteuer 2 544 255 Mark (+ 196 284 Mark), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 21 043 254 Mark (+ 1 748 219 Mark), Salzsteuer 10 005 915 Mark (+ 195 622 M.), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 3 502 824 Mark (+ 491 025 Mark), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu ders. 30 712 917 M. (+ 2 980 716 Mark), Brennsteuer 504 492 Mark (— 55 999 Mark), Brausteuern 8 123 583 Mark (+ 351 564 Mark), Uebergangsabgabe von Bier 984 168 Mark (+ 41 099 M.), Summe 186 817 832 Mark (+ 2 720 165 Mark). Stempelsteuer: a) Wertpapiere 5 078 817 Mark (— 915 742 Mark), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 5 070 567 Mark (+ 1 626 808 Mark), c) Loose zu: Privatlotterien 1 159 384 Mark (— 141 888 M.), Staatslotterien 2 884 499 Mark (+ 1 064 194 Mark), Spielkartenstempel 305 365 Mark (+ 3977 Mark), Wechselstempelsteuer 2 892 348 Mark (+ 233 817 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 88 270 513 Mark (+ 6 136 302 Mark), Reichs-Eisenbahnverwaltung 20 076 000 Mark (1 172 000 Mark). Die zur Reichskasse gelangte Ist-Einnahme, abzüglich der Ausführvergütungen und Verwaltungskosten, beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen bis Ende Juni 1899: Zölle 100 712 874 Mark (— 828 584 Mark), Tabaksteuer 2 521 204 Mark (+ 18 692 Mark), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 26 015 206 Mark (+ 4 131 473 Mark), Salzsteuer 11 364 096 Mark (+ 512 472 M.), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 5 074 238 Mark (— 150 239 Mark), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 27 526 969 Mark (+ 400 201 Mark), Brennsteuer 504 492 Mark (+ 112 956 Mark), Brausteuern und Uebergangsabgabe von Bier 7 742 449 Mark (+ 333 890 Mark), Summe 181 461 528 Mark (+ 4 530 861 Mark). Spielkartenstempel 386 113 Mark (— 29 441 Mark).

Gegen die Errichtung eines Arbeitsamtes wird von offizieller Seite polemisiert. Die auch von uns bemängelte Verschiedenheit der Fragebogen, welche für die vom Reichskanzler veranlaßten Erhebungen über die Gründe und Wirkungen der Beschäftigung verheiratheter Frauen in den Fabriken hergestellt sind, ist, wie sich die miqueloffiziösen „Berliner Politischen Nachrichten“ auszudrücken belieben, „von gewisser sozialpolitischer Seite“ dazu benutzt worden, um die Errichtung eines Arbeitsamtes für notwendig zu erklären. Das offiziöse Organ bezweifelt die Zweckmäßigkeit einheitlicher Fragebogen und bezeichnet es gegenüber der Ungleichheit der Arbeiter- u. s. w. Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten als einen Vorzug der gegenwärtigen b e h ö r d l i c h e n Organisation, daß diesen Verschiedenheiten auch bei Erhebungen Rechnung getragen werden kann. Zwischen lokalen Ungleichheiten und dem im System liegenden Unterschiede der preussischen

Verhandlungen, doch haben dieselben noch zu keinem irgendwie greifbaren Resultate geführt. Der Kampf geht zunächst ungehindert seinen Gang. Ueber den Ausgang der Verhandlungen ist noch gar nichts zu sagen. Die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands mögen in ihrer Opferwilligkeit für ihre dänischen Brüder nicht erlahmen. Auch heute bringt Wolffs Bureau wieder eine Nachricht, die, nach der eben mitgetheilten Depesche des „Vorw.“ zu urtheilen, keinen Glauben verdient. Wolff läßt sich nämlich aus Kopenhagen melden: Die Direktions der Fachverbände nahm Mittwoch den Vergleichsentscheid mit unbedeutenden Änderungen an, jedoch Auslicht vorhanden ist, daß der ganze Lockout im Hause und in der Eisenindustrie demnächst beendet wird. — Warten wir also erst die Bestätigung ab.

Belgien.
De Smet de Nayer hat für die Bildung des neuen Kabinetts eine Frist von zwei Tagen erbeten und erklärt, er werde vor dem Parlamente die (Proportional-) Wahlvorläufe des Abg. Theodor vertreten mit der Abänderung, daß die Theilung der Provinzen Luxemburg, Namur und Westflandern in zwei Wahlbezirke zulässig sein soll. Die das „B. L.“ meldet, stößt jedoch de Smet de Nayer bei der Kabinettsbildung auf erhebliche Schwierigkeiten, da hervorragende Proportionalisten wie Beernaert ihren Eintritt in's Kabinettt verweigern. Auf keinen Fall werde das Kabinettt vor Sonnabend zu Stande kommen.

Frankreich.
Die Verhandlungen gegen Dreyfus werden, nachdem die Klagen über den ungeeigneten Sitzungslokal allgemein geworden sind, auf Befehl der Regierung im großen Festsaal des Gymnasiums zu Rennes stattfinden. — General Mercier, der frühere Kriegsminister, hat seine Vorladung vor das Kriegsgericht zu Rennes als Zeuge im Dreyfusprozeß erhalten und begiebt sich demnächst nach Rennes, wo er bei einem hohen Offizier Wohnung nehmen wird. — Der arg kompromittirte General Boisdeffre wird nach der „Abn. Btg.“ auf Befehl der Regierung und auf Wunsch seiner eigenen Familie durch Geheimagenten scharf bewacht, um ihn an der Begehung eines Selbstmordes zu verhindern. — Demange und Lator, die Verteidiger Dreyfus, wurden dahin verständigt, daß sie im Sitzungslokal unter den Augen des Kriegsgerichts-Präsidenten vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen Einsicht in die geheimen Akten des Generalstabes erhalten werden, um für die zu erwartenden Ausführungen Mercier's entsprechend gerüstet zu sein. Da dies nur bei verschlossenen Thüren mögliche Aktenstudium ziemlich lange dauern wird, so wird die erste öffentliche Sitzung erst am Dienstag stattfinden. — Der „Figaro“ veröffentlicht den Wortlaut von Briefen des Generals Gonse an den Präsidenten des Kassationshofes Mozeau. In einem derselben protestirt Gonse gegen eine Behauptung du Patys in der Zeugenausfrage desselben vom 19. April und erklärt, weder er noch Boisdeffre hätten du Patys jemals aufgefordert oder ermächtigt, mit Esterhazy in Beziehung zu treten. In einem zweiten Briefe weist Gonse gewisse Erklärungen Picquart's zurück. Diese Erklärungen beziehen sich auf Henry, das Geheimaktenstück, das „Petit bleu“ und auf das von Picquart in Bezug auf Esterhazy gesammelte Aktenmaterial. Gonse behauptet insbesondere, daß Henry Dreyfus nicht gekannt habe, bevor diesem das Vorderreau zugeschrieben wurde. — Bisher ist festgestellt, daß Beaurepaire von nicht weniger als sechs Zeugen beschwindelt worden ist. Der Narr! — Der Disziplinarrath der Universität suspendirte den Professor Weil vom Voltaire-Dyceum auf drei Monate von seinem Amte unter Verlust von einem Drittel seines Gehaltes. Er soll die Dreyfus-Angelegenheit im Unterricht behandelt haben.

In diplomatischen Kreisen kommentirt man eifrig die Reise des Ministers des Auswärtigen Delcasse nach Petersburg, der — nach der Friedenskonferenz und während der Transbaikalische — eine unleugbare Wichtigkeit beizulegen sei. Es unterliege keinem Zweifel, daß es sich um einen Meinungsaustausch bezüglich der gegen England einzunehmenden Haltung handle. Ein Besuch Delcasse's in Berlin soll nicht ausgeschlossen sein.

Wegen Landesverraths ist in dem Dorfe Saulgures bei Nancy der Hausirer August Francois verhaftet worden. Man soll bei ihm belastende Briefe gefunden haben. Francois ist 24 Jahre alt und hat heim 66. Infanterie-Regiment in Tours gebildet. Vor etwa sechs Monaten kam er nach Saulgures zurück und lebte nun, wie er bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter angab, vom Verkauf schlüpfriger Bilder und Spielkarten, während nach Zeitungsnachrichten seine Ausgaben das Einkommen aus einem solchen Handel weit überstiegen. Er soll seiner Mutter noch neulich 2000 Frs. gegeben und außerdem einer Schwester, die in Malancourt wohnt und die er häufig besuchte, reiche Geldgeschenke gemacht haben. Eine andere Schwester, die an den Gärtner Hay in Pont d'Essay verheirathet war und inzwischen nach Saulgures verzogen ist, soll ebenso von Francois in großmüthigster Weise unterstützt worden sein. Hay wurde gleichfalls verhaftet; wie es heißt, ist er geständig, für seinen Schwager Briefe nach der deutschen Grenze befördert zu haben. Francois soll bei seinen Fahrten nach Malancourt mit Deutschen zusammengetroffen sein und Verbindungen mit Reich gehabt haben. Nach einer Meldung aus Tours fanden auch dort Erhebungen in der Sache statt, wobei ein Feldwebel des 66. Regiments erklärt haben soll, Francois sei am 9. Juli in Tours gewesen und habe ihm erzählt, er komme aus Deutschland und wolle auch wieder dorthin zurück, da in Frankreich

nichts zu machen sei. Er thue nichts, habe viel Geld, reise nur zu seinem Vergnügen, werde sich aber in Deutschland nicht naturalisiren lassen. Francois soll in Tours noch einen zweiten, bisher nicht ermittelten Nachbar bei sich gehabt haben. Selbst französische Blätter setzen diesen Gerüchten Zweifel entgegen. Einem Telegramm aus Spinal zufolge wurden auch dort wieder zwei Soldaten wegen Landesverraths verhaftet.

Spanien.
Verhandlung des Kriegsgerichts über die Uebergabe Santiago de Cuba. Bei der Verhandlung vor dem obersten Kriegsgericht, betreffend die Uebergabe von Santiago de Cuba, brachte General Pareja zu seiner Verteidigung vor, daß es in der Stadt an Lebensmitteln mangelte und die Verteidigung unmöglich war. Die Kämpfe, welche geführt wurden, seien blutige gewesen; jedoch könne Muth allein in den Kriegen der Neuzeit nichts ausrichten. General Toral bestätigte, daß es in Santiago an Mitteln zur Verteidigung gefehlt habe, Marschall Blanco sei mit der Uebergabe einverstanden gewesen. General Escario erklärte, er habe, als er nach Santiago gekommen, drei Viertel der Soldaten krank vorgefunden. General Pando sagte aus, von Habana hätten Verstärkungen gesandt werden müssen. Marschall Blanco behauptete, er habe stets zum Widerstande gerathen; General Toral habe, ohne Befehl dazu erhalten zu haben, kapitulirt. Der Verteidiger des Generals Toral führte aus, derselbe habe, da er unter dem Befehl des Oberkommandirenden Marschalls Blanco stand, nicht selbständig handeln können. Blanco habe sich bezüglich der ihm zugegangenen Befehle der Regierung in Schweigen gehüllt und, nachdem die Kapitulation bereits erfolgt war, dagegen protestirt. Der Verteidiger fügte hinzu, die Stadt Santiago habe auf keine Hilfe rechnen können, und beantragte schließlich vollständige Freisprechung Torals.

In Barcelona hat Dienstag Abend wieder einer der bekannnten Praewalle stattgefunden. Vierhundert zu den Fahnen einberufene junge Leute veranstalteten einen Umzug, wobei sie Wefen mit sich herumtrugen. Die Kundgebung trug zunächst einen scherzhaften Charakter, aber bald wurden revolutionäre Rufe ausgestoßen. Die Polizei schritt ein, mehrere Personen wurden dabei verwundet.

Amerika.
Die Wahl des Präsidenten in den Vereinigten Staaten wird am 4. November 1900 stattfinden. Von den Parteien sind die Vorbereitungen für diese Wahl bereits seit einiger Zeit in Angriff genommen worden. Am 20. Juli hat der National-Ausschuß der demokratischen Partei in Chicago getagt. Man hatte einen heftigen Zusammenstoß der beiden lokalen demokratischen Fraktionen erwartet, aber deren Führer, Major Harrison auf der einen und Ergouverneur Algelb auf der anderen Seite, begruben auf Intervention Bryans das Kriegsbeil, so daß es letzterem gestattet war, bei dem Meeting im „Auditorium“ vor einem versöhnten und einigen demokratischen Publikum von 6000 Personen zu sprechen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 3. August.
Die Bürgerschaft zuzehntigte in sehr schwach besuchter Versammlung gestern den Senatsantrag betr. Feststellung der Baufluchtlinie für die Straße L des Bebauungsplanes der Vorstadt St. Lorenz debattelos. Weiter machte Senator Dr. Behn eine Mittheilung, die nach den stenographischen Aufzeichnungen des sehr daran interessirten Amtsblattes folgenden Wortlaut hat:

Unter Bezugnahme auf frühere Verhandlungen giebt der Senat der Bürgerschaft hierdurch davon Kenntniß, das er mit 1. Oktober d. J. die Einführung eines Gesetz- und Verordnungsblattes in Verbindung mit dem Amtsblatte beschlossen hat. Dasselbe wird als Gratisbeilage zum Amtsblatte herausgegeben und wird sämtliche Gesetze und die Verordnungen des Senates, sowie diejenigen Verordnungen und Bekanntmachungen der Behörden, welche von besonderer Bedeutung sind, enthalten. Es erscheint nach Bedarf, in der Regel Dienstags und Freitags Morgens, und zwar in der dem amliegenden Probebrudr entsprechenden Form und Ausstattung. Es wird jahrgangweise nummerirt und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen. Am Schlusse jedes Jahres erscheint ein Register und ein Titelblatt.

Die Herausgeber der „Lübeckischen Anzeigen“ sind gehalten, auf das Gesetz- und Verordnungsblatt nebst Register ein Sonderabonnement zum Preise von 1,50 Mk. vierteljährlich, einschließlich Bestellgebühr, zu eröffnen.

Alle amtlichen Bekanntmachungen, welche nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt zu veröffentlichen sind, werden wie bisher im amtlichen Theile des Hauptblattes der Lübeckischen Anzeigen abgedruckt werden.

Polkshahndetrieb soll auf der Strecke Lübeck-Travemünde, wie die Direktion dem Senate mitgetheilt hat, zum 1. Mai 1900 eingeführt werden. Warten wir's ab!

Auffehen erregende Verhaftung. Laut Mittheilung des „Gen.-Anz.“ ist der bekannte Haus- und Hypothekenspekulator Johs. Fischborn am Montag wegen Verdachtes des Betruges, begangen beim Verkaufe seines Hauses Hüterdamm 10, verhaftet worden. — Weßhalb steht davon nichts im Polizeibericht, der doch sorgsam die Einkastelung jedes festenden Kunden registriert?

Eisenbahnunfall. Am Montag Morgen ist, wie die „Möllner Zeitung“ meldet, kurz hinter Mölln der Heizer des um 7 Uhr von dort nach Lübeck abgehenden Zuges von der Maschine gestürzt. Er erlitt zum Glück nur eine anscheinend nicht schwere Kopfverletzung und konnte sich mit dem eigenen Zuge nach Lübeck begeben.

Zahlen! Vom 1. bis 15. August ist in der Stadt die Einkommensteuer zu entrichten.

Für das Bismarckdenkmal wollen in Lübeck absolut keine Gelder einlaufen. Ein gutes Zeichen für den gesunden Sinn des Gros der Bevölkerung.

Das Abbruch soll das Haus Falkenstr. 1 a veräußert werden. Die Bedingungen sind in der Kanzlei der Kanalbaubehörde, Al. Bauhof 15, einzusehen.
pb. Anzeige ist erlassen gegen einen Schlichterlehrling, welcher seinem Meister 100 Mark unterschlagen haben soll, gegen einen Maurer, welcher mit einem geliehenen Fahraden verduftet ist, gegen einen Schuhmacher, welcher den Hut eines Arbeiters entwendet zu haben beschuldigt wird, sowie gegen einen Kaufmannslehrling, welcher die Bodenlosse und das Waarenlager seines Prinzipals für sich in Anspruch genommen hat.

pb. Geßhöfen wurde einem Knecht aus seiner Bodenkammer Ane Nickeremontouruhr mit Kette.

Dem Zwangsarbeitshaus wurden im Monat Juli d. J. 8 Personen überwiefen, darunter eine Frau wegen gewerksmäßiger Unzucht, ein Klempner wegen Nichtalimentirung seiner Familie, die übrigen wegen Bettelns. Die Haftdauer beträgt in je 1 Falle 6, 9, 12 und 15, in 4 Fällen 24 Monate, das Alter der Ueberwiesenen schwankt zwischen 27 und 69 Jahren.

Namenswechsel. Dem läßlichen Staatsangehörigen B. S. R. Ebgeu ist die Ermächtigung vom Senat erteilt, den Namen Vollenborn zu führen.

Gefundene Gegenstände. Im Juli sind beim Polizeiamte eingeliefert und nicht abgeholt: Schirme, Stöcke, Damenhüte, Fahrradachsen, Kneifer u. a. m.

pb. In Haft gerietten ein wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgter Maurer, ein Bäckerknecht, welcher einsteckte Gelder unterschlagen und einen Kollegen bestohlen haben soll, ein Arbeiter, welcher einem Schaukelbesitzer Gegenstände entwendet haben soll, sowie vier Trunkene.

Entlin. Arbeiter, aufgepaßt! Die Wählerlisten für die Landtagswahlen liegen am 21., 22. und 23. August im Rathhause zur Einsicht aus. Einwendungen sind innerhalb dieser Zeit bei dem Stadtmagistrate einzubringen und zu begründen. Genossen! Sehet die Listen ein! Ueberzeugt Euch, ob Ihr eingetragen seid!

Agittirt für die
oldenburgischen
Landtags-
wahlen!

* Parteigenossen *
im Fürstenthum Lübeck!

Bildet
überall
Wahlkomitees!
Sorgt für Geldmittel!

Livoli-Theater.

Dienstag Abend kam endlich einmal auch einer der norddeutschen Dichter zu Wort. Es wurde Sudermanns „Sheimath“ gegeben. Worte über dieses moderne Schauspiel noch zu verlieren, verlohnt sich nicht, denn die Akten darüber sind geschlossen. Man weiß auch, daß Sudermann kein Himmelsstürmer und Welteroberer ist, daß er vielmehr nur die glückliche Gabe besitzt, die Würmlichkeit der bürgerlichen Moral, in möglichst schonender Weise natürlich, aufzudecken und zu bekämpfen. Daß er nebenbei das Ganze noch mit einer Dosis Sinnlichkeit würzt, um die Nerven der trägen Spieler zu kitzeln, versteht sich bei ihm auch von selbst. Doch genug der Worte! Was die Aufführung betrifft, so war dieselbe eine der besten und abgerundeten, welche wir in dieser Saison im Livoli gesehen haben. Alles war wie aus einem Guß. Hofe von Berkau spielte in sein abgetönter Weise die Magda; den alten Schwärze gab Ludwig Beckmann in seiner schlichten und doch anziehenden Weise. Leo Gadriel als Pfarrer Hesterding und Willy Hagen als Keller waren würdige Vertreter ihrer Rollen. Die Aufführung wird heute Abend wiederholt und ist der Besuch derselben nur zu empfehlen. — Freitag Abend hat der jugendliche Liebhaber, Willy Hagen, sein Debut gegeben wird der allerliebste Schwan von Malladow u. Elmer. Wenn man in Danien lüßt, sowie das neue Werk eines unbekanntem Verfassers „Die Seemannsbraut“. Mit unermüdlichem Fleiß hat der junge Künstler bisher seines Amtes gewaltet, sodaß ihm ein volles Haus wohl zu gönnen ist. -o-

Quittung.

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:	
Bisher quittirt	1746,56 Mk.
Gesammelt auf dem Commerc des Sparklubs 1898 (Castens Restauration)	3,50 Mk.
Amerikanische Anttion über 2 Cognac im Sparklub 1898 (Castens Restauration)	5,50 Mk.
Summa	1755,56 Mk.

Reaktion des „Süd. Volksh.“
Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 2. August.
Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 450 Stück. Preise: Verlandtschweine, schwere 48—50 Mk., leichte 51—53 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 49—52 Mk. pr. 100 Pfd.

Ausflug

der

Gewerkschaften und Vereine Lübecks

am Sonntag den 13. August 1899

nach Israelsdorf

mit 5 Musik-Kapellen, Fahnen, Bannern u. s. w.

Abmarsch vom Burgfeld Nachmittags 2 Uhr, von Israelsdorf Abends 8 Uhr.

Preis der Karte 30 Pfg.,

wofür eine Laterne nebst 2 Lichtern verabfolgt wird.

Den Anordnungen des Comitees ist unbedingt Folge zu leisten.

Das Comitee.

Karten sind zu haben bei C. Wittfoot, Högstraße 18; F. Leete, Lederstraße 3; G. Kähler, Böttcherstraße 18; „Vereinshaus“, Johannisstraße 50; W. Menschel, Untertrave; G. Ehlers, Hundestraße 76, 1. St.

Logis für jungen Mann

Schmiebestraße 26, 2 Treppen.

Ein junger Mann sucht Stellung

gleich welcher Art. Derselbe weiß auch mit Pferden umzugehen. Offerten u. N. K. an die Exped.

Gesucht zu sof. ein tücht. Dienstmädchen bei gutem Lohn.

„Kleiner Hof“, Postenstraße 88.

Mehrere tüchtige

Maschinenschlosser u. Eisendreher

zu sofort.

Wilh. Sparkuhl & Co.

Ein sehr gut erhaltenes Fahrrad

büßig zu verkaufen Langereihe 11.

Die besten Pommerischen Arbeitstiefel bekommt man Marlesgrube 38.

Hammerjäger Emil Hagedorn

wohnt jetzt Berberstraße 1, 1. Stage, früher Högstraße 111.

Sämtliches Ungezieser wird unter schriftlicher Garantie zu billigen Preisen vertilgt.

J. Schramm, Schuhmacher,

wohnt jetzt Dornestraße 15. Früher: Krausestraße 15.

Verkaufsstelle

der Brodfabrik „Elbe“

Fackenburger Allee 10

empfehlen

täglich frisches Brod.

Auf Wunsch wird vorgefragt.

M. Labrtz, Böttcherstraße, empfiehlt: Fetten Speck in Stücken von 30-80 Pfd. per Pfd. 65 Pfg., m. Bruchspeck in Stücken von 10-20 Pfd. per Pfd. 65 Pfg., etwas dünnere fetten Speck, per Pfd. 60 Pfg. NB. Nur Winterwaare eigener Schächtung.

Neue Sommerfang-Heringe
Neue Matjes-Heringe

en gros & en detail

empfehlen

H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,

- Essigfabrik -
Fischergrube 61.

Der Baugewerksmeister.

Gemeinverständliches Handbuch zur Ausbildung von Baugewerksmeistern. Mit Beigaben, enthaltend ein Vorlagewerk von Entwürfen zu Villen, Stadthäusern, Geschäftshäusern, landwirthschaftl. Bauten, Arbeiterwohnungen u. in Facaden, Grundrissen, Querschnitten u. den Bedarfsplänen des Baugewerksmeisters entsprechend, sowie mit vielen hundert Text-Illustrationen und vielen großen Prachtfarbendrucktafeln. Ca. 120 Lieferungen à 60 Pfg.

Der Baugewerksmeister umfasst dasjenige Wissen auf den verschiedenen Gebieten des gesamten Bauwesens, welches zur Ablegung der Meisterprüfung erforderlich ist. Das Werk hat die Aufgabe, in systematisch geordnetem Unterricht jeden Bauhandwerker so auszubilden, daß er den Anforderungen entspricht, die an jeden Meister gestellt werden.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Als schöne Zimmerzierde

ist den Parteigenossen zu empfehlen:

Brustbild von Ferd. Lassalle.

Natürliche Größe, Veldruck. Preis 1 Mk.

Brustbild von Karl Marx.

Natürliche Größe, Veldruck. Preis 1 Mk.

Expedition des Lübecker Volksboten.

Johannisstraße 50.

Quartett-Verein „LUBA“.

14tes Stiftungs-Fest

verbunden mit Herren-Preischießen, Damen- und Kindervergütungen.

am Sonntag den 6. August

im Gesellschaftshaus Adlershorst.

Anfang 4 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., Damen frei.

Ende 2 Uhr.

Der Vorstand.

Stahlwaaren

prima Qualität

empfehlen

H. Hentschel

32 Högstraße 32.

Schleifen und Reparaturen täglich.



Folkers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

empfehlen

gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Volkswaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Mit Arbeitsgeräten
Ironic
eig. Maschinen u. Kammergeräth
Ausgabe event. auch nach Maß,
Sonderb. Tisch-, Stühlen u. i. m. empfiehlt
tätigst Rud. Kraecht, Marlesgrube 40.
Rud. Kraecht, Marlesgrube 40.
Solomons', Schuppenstraße 40.
Kühnigk, Schuppenstraße 40.
Schöne, Schuppenstraße 40.
Lohse, Schuppenstraße 40.
Kühnigk, Schuppenstraße 40.
Kühnigk, Schuppenstraße 40.
Kühnigk, Schuppenstraße 40.

Central-Kranken-Kasse
„Grundstein zur Einigkeit“.

Mitglieder-
Versammlung

am Freitag den 4. Juli

Abends 8 1/2 Uhr

bei Rumohr, Marlesgrube 22.

Der Vorstand.

Genossen, welche sich zu den Zapfstellen in Israelsdorf gemeldet und keine Zustellung erhalten haben, können nicht berücksichtigt werden. Die Entscheidung, wer eine Zapfstelle erhalten sollte, ist durch Auslosen geschehen. — Alle Diejenigen, welche mit Lebensmitteln in Israelsdorf ausstehen wollten und keine Zustellung erhalten haben, können nicht berücksichtigt werden.

Das Comitee.

Tivoli-Theater.

Freitag den 4. August.

Benefiz für Willi Hagen.

Wenn man im Dunkeln küsst.

Außenspiel in 8 Akten.

Vorher: Die Seemannsbraut.

Kassendöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Anzeigen „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Rasch. —

Verleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck

